

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche wurde der **Bundshaushalt 2012** beschlossen. Union und FDP werden die Nettoneuverschuldung im kommenden Jahr noch einmal um vier Milliarden Euro auf dann insgesamt 26 Milliarden Euro erhöhen. Es ist absolut unverantwortlich, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung in Zeiten eines sehr guten Wirtschaftswachstums den Schuldenberg weiter vergrößert. Alle offiziellen Stellen – Bundesrechnungshof, Bundesbank, Wirtschaftsweise – kritisieren diesen Haushalt unisono. Denn in Deutschland macht die Bundesregierung neue Schulden, während die Kanzlerin ganz Europa einen harten Sparkurs verordnen will. Das ist unglaublich und falsch!

Die neuen Schulden rühren auch daher, dass die Einnahmen durch die vermeintliche Steuersenkung gemindert werden. **Eine der Folgen ist, dass den Städten und Gemeinden 2 Milliarden Euro fehlen.** Da die Gemeinden bereits jetzt in der Finanznot stecken, werden sie sich vielerorts aus Jugendeinrichtungen, Vereinen, Ehrenamt und Sport zurückziehen müssen. Dies ist ein Nährboden für Rechtsextremismus, denn dort, wo die Städte keine Kapazitäten mehr haben, tauchen Rechtsradikale auf. Die NPD hat Kommunen bereits „angeboten“, den Betrieb von Jugendzentren und Kindergärten fortzuführen, wenn sie wegen der kommunalen Finanznot geschlossen werden sollten. Dem müssen wir uns entgegen stellen, und deshalb brauchen die Kommunen das notwendige Geld!

Das haben auch die **unfassbaren und beschämenden Morde der Zwickauer Bande an zehn Mitmenschen** erschreckend deutlich gemacht. Hier sind Menschen, die unter uns und mit uns lebten, die zu uns gehörten, in hasserfülltem Nationalismus hingerichtet worden, wie Frank-Walter Steinmeier in der Debatte am Dienstag deutlich ge-



Berlin-Brief, Ausgabe 107
25. November 2011

Meine Termine

„Als wär's ein Teil von mir“: Diskussion zum Thema Organspende mit Hilde Mattheis MdB

25.11.2011, 19 Uhr, Neckarsulm-Obereisesheim, Festhalle, Rosenstr. 11

SPD-Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz

26.11.2011, 10.30 Uhr, Stuttgart, Haus der Abgeordneten

Volksabstimmung über das Kündigungsgesetz zu Stuttgart 21

27.11.2011, 8 bis 18 Uhr, in allen Wahllokalen in ganz Baden-Württemberg

Integration geht uns alle an: Diskussion mit Bilkay Öney, baden-württembergische Integrationsministerin, Sebastian Edathy MdB und Josip Juratovic MdB

*07.12.2011, 19.30 Uhr, Aula der Hochschule Heilbronn, Max-Planck-Straße 39
Um Anmeldung im Wahlkreisbüro wird gebeten!*

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



macht hat. Die Menschen, die von den Rechtsextremisten ermordet wurden, waren keine Fremden. Sie wurden von der Zwickauer Bande zu Fremden gemacht.

Was jetzt nach und nach herauskommt, ist beschämend für unseren Staat. Es ist immer noch unklar, wie viel die staatlichen Stellen wussten und wie groß das Netzwerk der rechten Terroristen war. Aber klar scheint: Der Verfassungsschutz hat versagt. Die zuständigen Stellen haben nicht reagiert, als sie die Morde vielleicht hätten verhindern können. Das ist ein unfassbarer Skandal, der unser Land verändert. Denn dieser Skandal stellt in Frage, ob dieser Staat mit seinen Institutionen gegenüber den Rechtsextremen handlungsfähig ist oder ob er einer solch kriminellen Bande ausgeliefert ist. Der Staat darf bei rechtsextremen Taten und Parolen nicht wegschauen, sondern muss handeln und aufklären. Wir müssen Vertrauen schaffen, dass alle Menschen, die in unserem Land leben, vom Staat geschützt werden und all diejenigen, die einigen Menschen in unserem Land die Existenzberechtigung absprechen und sie zu Fremden machen, konsequent von Staat und Gesellschaft verfolgt und angeprangert werden. **Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung rechter Gewalt**, es muss Schluss sein damit, dass Rechtsextreme immer als Einzeltäter hingestellt werden und die Gewaltbereitschaft der rechten Szene nicht systematisch untersucht wird.

Die Berichterstattung über diese Morde hat mich nachdenklich und wütend gestimmt. Denn wenn diese Morde als „Döner-Morde“ bezeichnet werden und die ermittelnde Sonderkommission „Bosporus“ genannt wurde, wird damit impliziert, dass die Mordopfer selbst in ausländische kriminelle Netzwerke verstrickt seien. Wahr ist aber, dass die Menschen Opfer von nationalistischer und rassistischer Gesinnung wurden. Ich habe daher meinen Bundestagskollegen Sebastian Edathy darin unterstützt, das Wort „Döner-Morde“ zum Unwort des Jahres 2011 zu wählen.

An diesem Sonntag werden alle Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger an die Wahlurnen gerufen: In der **Volksabstimmung**, die die SPD auf den Weg gebracht hat, sollen die Bürger entscheiden, ob das Großprojekt Stuttgart 21 gebaut werden soll oder nicht. Aus Rücksicht gegenüber allen Mitgliedern unserer Partei habe ich mich keinem Bündnis angeschlossen, will aber nicht verleugnen, dass ich persönlich am Sonntag „Nein!“ zum Kündigungsgesetz sagen werde. Ich halte Stuttgart 21 für ein wichtiges Projekt für die weitere Entwicklung unseres Landes und unserer Region. Der Slogan der Volksabstimmung ist: Dafür, dagegen – Hauptsache dabei. Und dies ist das Wichtigste: Gehen Sie am Sonntag von 8 bis 18 Uhr zur Abstimmung und nutzen Sie die Chance der direkten Demokratie!

Mit freundlichen Grüßen